

# STATUTEN

2301-732 6

FÜR DIE

VON SR. HOHEIT DEM HERZOGE ZU BRAUNSCHWEIG

GENEHMIGTE

ACTIEN-GESELLSCHAFT

DER

BRAUNSCHWEIGISCHEN BANK.

4 3  
BRAUNSCHWEIG.

DRUCK UND PAPIER VON FRIEDRICH VIEWEG UND SOHN.

1 8 5 3.

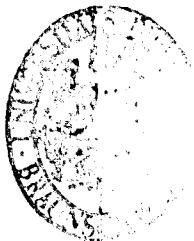
2301 732

UB Braunschweig

84



2301-732-6



FRIEDR. VIELER  
BRAUNSCHWIG

# Landesherrliche Bestätigungs - Urkunde

für die

in der Residenzstadt Braunschweig unter der Firma: „Braunschweigische Bank“  
zu errichtende Privat - Actien - Bank.

Von Gottes Gnaden. Wir, **WILHELM**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg. etc. etc. fügen hiernit zu wissen:

Wir haben Uns auf Ansuchen des Vorstandes des Kaufmanns-Vereins hieselbst bewogen gefunden, die landesherrliche Erlaubniss zur Begründung einer Privat-Actien-Bank in Unserer Residenzstadt Braunschweig unter der Firma:

„Braunschweigische Bank“

zu ertheilen.

Diese Privat-Actien-Bank soll zur Belebung des Geldverkehrs und zur Hebung des Handels und der Fabrikthätigkeit, sowie des Ackerbaues und der Gewerbe dienen, und wir wollen die Uns vorgelegten, dieser Bestätigungs - Urkunde angeschlossenen Statuten für die Actien-Gesellschaft der Braunschweigischen Bank hiermit genehmigen und bestätigen.

Der Geschäftsbetrieb dieser Bank darf jedoch erst nach der Zeichnung eines Actien-Capitals von zwei Millionen Thalern und nach der Einzahlung von zwanzig Procent dieses Capitals, also von 400,000 Thalern begonnen werden.

Diese Bestätigungs-Urkunde soll in die Gesetz-Verordnungs-Sammlung des Herzogthums aufgenommen werden.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzoglichen Geheimen Canzlei - Siegels.

Braunschweig, am 11. Mai 1853.

**WILHELM**, Herzog.

(L. S.)

v. Geyso.



# **S t a t u t e n**

## **f ü r d i e A c t i e n - G e s e l l s c h a f t**

der

### **Braunschweigischen Bank.**

#### **I. Abschnitt.**

**Zweck der Bank. Firma, Sitz und Dauer der Gesellschaft.**

##### **§. 1.**

**Zweck, Firma und Sitz der Bank.**

Zur Belebung des Geldverkehrs und zur Hebung des Handels und der Fabrikthätigkeit, sowie des Ackerbaues und der Gewerbe, insbesondere zum Zwecke von Darlehns-, Giro- und Disconto-Geschäften ist mit landesherrlicher Genehmigung in Braunschweig eine anonyme Gesellschaft mit Corporationsrechten zur Errichtung einer Privat-Actien-Bank unter der Firma:

„Braunschweigische Bank“

gebildet worden.

##### **§. 2.**

**Dauer der Gesellschaft.**

Die Dauer der Gesellschaft ist auf neun und neunzig Jahre bestimmt, vom Tage der Ertheilung der landesherrlichen Genehmigung angerechnet.

#### **II. Abschnitt.**

**Grundcapital der Bank, Actien, Actionaire.**

##### **§. 3.**

**Grundcapital.**

Das Grundcapital der Gesellschaft ist auf drei Millionen Thaler Courant festgesetzt und zerfällt in 15,000 Actien, eine jede im Betrage von 200 Thalern. — Hiervon werden einstweilen

10,000 Actien ausgegeben; die reservirten Actien werden, nach Massgabe des eintretenden Bedürfnisses, auf Beschluss der General-Versammlung und nach erfolgter Zustimmung der Herzoglichen Landesregierung auf die Art emittirt, dass sie an die Inhaber der zuerst ausgegebenen Actien nach Verhältniss vertheilt werden.

Insofern jedoch die Herzoglich Braunschweigische Landesregierung von dem für die Herzogliche Leihhaus - Anstalt vorbehaltenen Rechte mit einer Summe bis zum Betrage von 500,000 Thalern sich zu betheiligen, binnen drei Monaten nach Eröffnung der Geschäfte der Bank, Gebrauch macht, wird diejenige Zahl der Actien, welche die Herzogliche Leihhaus - Anstalt in Anspruch nimmt, auf die reservirten 5000 Actien angerechnet, so dass nur die übrig bleibende Zahl an die Inhaber der ursprünglich ausgegebenen Actien vertheilt wird. Zu der Vermehrung des Grundcapitals durch die Betheiligung der Herzoglichen Leihhaus - Anstalt bedarf es eines Beschlusses der General-Versammlung nicht.

Uebrigens kann das ursprüngliche Stammcapital auf Beschluss der General-Versammlung und mit Genehmigung der Herzoglich Braunschweigischen Landesregierung auch über die gedachte Summe von drei Millionen Thaler vermehrt werden.

#### §. 4.

#### Actien-Einzahlungen.

Bei der Unterzeichnung sind 10 Procent des Nominalwerthes der gezeichneten Actien einzahlen, die übrigen Einzahlungen erfolgen nach und nach in Raten von höchstens zehn Procent nach den näheren Bestimmungen des Verwaltungsraths.

Ueber die geleisteten Einzahlungen werden bis zur Ausfertigung der Actien selbst (§. 6) Interimsquittungen ertheilt.

#### §. 5.

#### Festsetzung der Zahlungstermine und Versäumniss derselben.

Die Termine zu den Einzahlungen sind mindestens vier Wochen vor der angesetzten Schlusszeit zweimal öffentlich (§. 60) bekannt zu machen. Wer der Aufforderung zur Leistung der Einzahlung in der festgesetzten Frist nicht nachkommt, verfällt in eine Conventionalstrafe von 2 Thalern für jede Actie. Die Nummern der Actien, auf welche die Einzahlungen nicht geleistet worden, werden sodann öffentlich bekannt gemacht und die Säumigen zur Einzahlung der ausgeschriebenen Rate und der Conventionalstrafe binnen spätestens 4 Wochen aufgefordert. Erfolgt die Einzahlung auch nach Ablauf dieser neuen Frist nicht, so werden die ausgefertigten Interimsquittungen oder Actien - Documente (§. 6) durch öffentliche Bekanntmachung annullirt. Die bereits geleisteten Einzahlungen fallen der Gesellschaft anheim, welche berechtigt ist, statt der annullirten Actien neue auszugeben und zu ihrem Besten zu verkaufen.

#### §. 6.

#### Actien-Documente.

Ist wenigstens die Hälfte des Nominalbetrags einer Actie eingezahlt, so kann nach dem Beschlusse des Verwaltungsraths, über diese Hälfte, gegen Rückgabe der Interimsquittungen, dem Inhaber derselben ein definitives, auf jeden Inhaber lautendes Actien - Document, ausgehändigt werden. Die Ausfertigung eines solchen Documents muss erfolgen, wenn der ganze Nominalbetrag der Actie eingezahlt ist.

Die Actien-Documente sind von dem Vorsitzenden der Direction und den vollziehenden Directoren zu unterzeichnen und mit fortlaufenden Nummern zu versehen. Erfolgt die Ausfertigung von Actien-Documenten schon nach Einzahlung der Hälfte des Nominalbetrages, so sind diese Documente mit *Litr. A*, die nachher über die zweite Hälfte zu ertheilenden mit *Litr. B* zu bezeichnen.

#### §. 7.

### Rechte und Verpflichtungen der Actionaire.

Jeder Actionair hat, nach Verhältniss des von ihm geleisteten Einschusses, gleichen Antheil am gesammten Eigenthume, Gewinne oder Verluste der Gesellschaft; ist jedoch nur bis zur Höhe des Nominalbetrages seiner Actien zu Zahlungen verpflichtet.

Bis zur Ausgabe der Actien vertreten die Interimsquittungen deren Stelle und begründen für ihre Besitzer alle Rechte und Verbindlichkeiten der Actionaire nach den Bestimmungen dieser Statuten.

#### §. 8.

### Dividendenscheine.

Mit jeder Actie (§. 6) werden vorläufig auf zehn Jahre Dividendenscheine, nebst einem Talon ausgegeben und die Dividendenscheine, nach Ablauf des letzten Jahres gegen Rückgabe des Talons durch neue ersetzt.

#### §. 9.

### Erlöschen derselben.

Die Dividendenscheine werden ungültig und es erlischt jeder daraus an die Bank zu erhebende Anspruch, sobald deren Betrag nicht innerhalb vier Jahren nach dem auf denselben bemerkten Zahltage bei der Bank erhoben worden ist.

## III. Abschnitt.

### Wirkungskreis und Befugnisse der Bank.

#### §. 10.

Die Gesellschaft ist befugt:

- 1) nach einem von der Herzoglichen Landesregierung genehmigten und von derselben bekannt zu machenden Schema unverzinsbare, auf den Inhaber lautende Banknoten auszugeben;
- 2) Wechsel zu discountiren, anzukaufen und zu realisiren;
- 3) Wechsel an Ordre auszustellen und in Umlauf zu setzen;
- 4) laufende Rechnungen zu eröffnen;
- 5) Gelder und Effecten in Verwahrung zu nehmen;
- 6) Vorschüsse auf Gold und Silber in Barren, sowie auf Münzen zu leisten;
- 7) ebenso auf Waaren und Werthpapiere.

Zum Betriebe anderer Bank-Geschäfte ist die Genehmigung der Herzoglichen Landesregierung erforderlich.

Um vorhandene, den Geschäftsbedarf überschreitende Cassenbestände vorübergehend zu nutzen, können übrigens, jedoch nur nach jedesmaliger vorgängiger Zustimmung des Commissarius der Herzoglichen Landesregierung, angemessene Beträge zum Ankaufe von Staatspapieren und Actien verwendet werden.

Die Grundsätze, nach welchen die obigen Befugnisse ausgeübt werden sollen, sind von dem Verwaltungsrathe in dem Geschäfts-Reglement festzustellen, welches die Direction genau zu beobachten hat. Der Verwaltungsrath ist berechtigt, dasselbe nach Umständen zu ändern. (Siehe übrigens §. 58.)

#### §. 11.

### Nähere Bestimmungen über die auszugebenden Banknoten.

Die auszugebenden Banknoten sollen über 10 Thaler, 25 Thaler, oder grössere Beträge lauten.

Der Totalbetrag derselben darf das eingezahlte Actien-Capital der Gesellschaft (§. 3 und 4) nicht überschreiten. Dieselben sind auf Verlangen dem Inhaber jederzeit gegen baares Geld einzulösen und es muss dazu stets der vierte Theil des Betrages der umlaufenden Noten in der Bank vorrätbig sein.

Ausser diesem zunächst zur Einlösung bestimmten Baarfonds muss immer der ganze Betrag der in Umlauf gesetzten Noten in leicht realisirbaren Valuten, d. h. solchen, welche spätestens binnen drei Monaten eingezogen werden können, oder in Gelde in der Bank vorrätbig sein.

#### §. 12.

### Zahlungen an den Vorzeiger.

Die Zahlung des Betrages der Banknoten wird an den Vorzeiger geleistet. Anzeigen eines durch Diebstahl oder auf andere Art erlittenen Verlustes sind für die Gesellschaft nicht verbindlich und können die Zahlung an den Vorzeiger nicht aufhalten.

#### §. 13.

### Einziehung und Umtauschung der Banknoten.

Wenn es die Gesellschaft für nöthig hält, kann sie ihre sämmtlichen Banknoten mittelst öffentlicher Bekanntmachungen (§. 60), unter Bestimmung einer präclusiven Frist von wenigstens Einem Jahre, einziehen und gegen neue, von den alten sich deutlich unterscheidende Banknoten ohne allen Aufenthalt unentgeltlich umtauschen. Die nicht zur bestimmten Zeit eingelieferten Banknoten sind in den Händen des Inhabers annullirt.

Von dem Beschlusse einer Einziehung der Banknoten ist der Herzoglichen Landesregierung Anzeige zu machen.

#### §. 14.

### Druck der Banknoten.

Der Druck der Banknoten erfolgt unter Aufsicht eines Herzoglichen Regierungs-Commissairs (§. 58) oder dessen Substituten und eines Mitgliedes der Direction oder des Verwaltungsraths, nach Massgabe des von dem Regierungs-Commissair mit der Direction festgesetzten Reglements.



Nach Vollendung des Drucks werden die Platten, nach den zwischen dem Regierungs-Commissair und der Bankverwaltung zu verabredenden und bei eintretender Meinungsverschiedenheit von der Landesregierung zu bestimmenden Sicherungsmassregeln versiegelt deponirt.

## IV. Abschnitt.

### Rechnungsablage. Dividenden-Vertheilung. Reservefonds.

#### §. 15.

#### Rechnungsabschluss und Ablegung.

Die Rechnung der Bank wird am 31. December jeden Jahrs abgeschlossen. Die Ergebnisse derselben werden der regelmässigen General-Versammlung vorgelegt.

#### §. 16.

#### Reservefonds. Tantième. Dividende.

Wenn die Geschäfte der Bank einen Gewinn von mehr als 4 Proc. ergeben, so wird von dem Ueberschusse ein Zehntel zur Bildung und Erhaltung eines Reservefonds (§. 18) verwandt, und ein Zehntel nach den von dem Verwaltungsrathe zu treffenden Bestimmungen unter die Directoren vertheilt. Der hiernach bleibende Rest fällt den Actionairen als Dividende zu (§. 20).

#### §. 17.

#### Dividenden-Zahlung.

Auf die Actien werden am 1. Juli jeden Jahrs halbjährige Zinsen mit 4 Procent pro anno gegen Rückgabe der ausgegebenen Coupons an der Bankcasse als Abschlagszahlung auf die Dividende gezahlt.

Der Betrag der gegen Abgabe der Dividendenscheine an der Bankcasse zu erhebenden Dividende wird spätestens bis zur jährlichen General-Versammlung den Actionairen bekannt gemacht.

#### §. 18.

#### Von dem Reservefonds insbesondere.

Der Reservefonds ist bestimmt, aussergewöhnliche Verluste zu decken. Ueber denselben ist in den Büchern der Bank Rechnung zu führen und es bildet derselbe, ohne abgesonderte Anlegung, einen Theil des werbenden Capitals der Bank.

Die Grösse des Reservefonds wird auf den zehnten Theil des Grundcapitals der Gesellschaft bestimmt und soll diesen Betrag nicht überschreiten.

## V. Abschnitt.

### Von der Verwaltung und Vertretung der Gesellschaft.

#### §. 19.

#### Allgemeine Bestimmung.

Die gemeinschaftlichen Interessen und Angelegenheiten der Gesellschaft werden wahrgenommen und besorgt:

- 1) durch den Verwaltungsrath,
  - 2) durch die Direction und
  - 3) durch die General-Versammlung der Actionaire,
- nach den folgenden Grundsätzen.

#### A. Von dem Verwaltungsrathe.

#### §. 20.

#### Rechte und Pflichten desselben.

Der Verwaltungsrath ist der Vertreter der inneren Rechte der Gesellschaft, und fasst Namens derselben verbindende Beschlüsse in allen Angelegenheiten, welche der General-Versammlung nicht ausdrücklich vorbehalten oder der Direction nicht selbständig überlassen sind.

Insbesondere hat derselbe:

- 1) die Wahl der Directoren vorzunehmen (siehe übrigens §. 32),
- 2) das Reglement für den Geschäftsbetrieb der Bank und die Bureau-Ordnung festzusetzen, worin die speciellen Bestimmungen über die Wirksamkeit der Directoren, sowie über ihre Stellung zu einander und die Vertheilung ihrer Functionen enthalten sind,
- 3) über alle Anträge der Direction Beschluss zu fassen,
- 4) über die Beobachtung der Statuten von Seiten der Direction zu wachen,
- 5) über die von der Direction jährlich vorzulegende Rechnung und Balance, nach erlangter Ueberzeugung von deren Richtigkeit, Decharge zu ertheilen,
- 6) die Höhe der Dividende zu bestimmen.

#### §. 21.

#### Fortsetzung.

Der Verwaltungsrath nimmt an der ausführenden Verwaltung nicht Theil, für welche die Direction allein bestellt ist und verantwortlich bleibt, ist aber, als controlirende Aufsichtsbehörde, zu Folgendem befugt:

Er kann

- 1) die Directoren, wenn sie sich weigern, seine Beschlüsse auszuführen, suspendiren, ist aber verpflichtet, dann sofort eine General-Versammlung zu berufen, welche das Weitere zu beschliessen hat,

- 2) unter Zuziehung eines der Directoren aussergewöhnliche Cassen-Revisionen durch eins oder mehrere seiner Mitglieder vornehmen lassen. Der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter sind zu solchen Revisionen ohne Weiteres befugt,
- 3) bei sich ergebender Veranlassung mit wenigstens sechs Stimmen die Berufung einer ausserordentlichen General-Versammlung beschliessen.
- 4) Der Vorsitzende des Verwaltungsraths oder dessen Stellvertreter kann, mit Zuziehung eines Directors in den Büreaus der Bank von dem Geschäftsgange zu jeder Zeit Kenntniss nehmen, dem Verwaltungsrathe darüber Bericht erstatten und für den Fall vorkommender Unregelmässigkeiten die erforderlichen Beschlüsse beantragen.

#### §. 22.

#### Wahl und Zusammensetzung des Verwaltungsraths.

Der Verwaltungsrath wird von der General-Versammlung mittelst geheimer Stimmabgabe nach relativer Stimmenmehrheit gewählt und besteht aus 18 Mitgliedern, von denen wenigstens 10 in Braunschweig wohnen müssen. Ausserdem haben der Vorsitzende der Direction und der erste vollziehende Director oder deren Stellvertreter bei allen Versammlungen des Verwaltungsraths eine beratende Stimme.

Die Mitglieder des Verwaltungsraths dürfen nur aus der Zahl der stimmberechtigten Actionaire gewählt werden. Haben bei der Abstimmung mehrere gleiche Stimmenzahl, welche nicht alle mehr in den Verwaltungsrath eintreten können, so entscheidet unter ihnen das Loos über den Eintritt.

#### §. 23.

#### Ergänzung desselben.

Der dritte Theil der Mitglieder des Verwaltungsraths tritt jährlich aus und wird durch neue Wahlen ersetzt. Bis die Reihenfolge des Austritts nach der Amtsdauer feststeht, entscheidet das Loos.

Die Austretenden sind wieder wählbar.

Bei vorkommenden Vacanzen ist der Verwaltungsrath befugt, die Zahl der Mitglieder bis zur nächsten General-Versammlung aus denjenigen Actionairen zu ergänzen, welche bei der Wahlhandlung, durch die der Ausgeschiedene in den Verwaltungsrath getreten ist, nach den wirklich Gewählten die meisten Stimmen erhalten haben.

#### §. 24.

#### Cautions.

Die Mitglieder des Verwaltungsraths müssen für die Dauer ihrer Functionen fünf volle Actien (§. 3) bei der Direction deponiren.

#### §. 25.

#### Wahl des Vorsitzenden.

Der Verwaltungsrath wählt jährlich aus seiner Mitte seinen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter, welche beide in Braunschweig wohnen müssen. Dieselben können nach Beendigung ihrer Functionen wieder gewählt werden.

## §. 26.

## Versammlungen des Verwaltungsraths.

Der Verwaltungsrath versammelt sich zu Braunschweig regelmässig alle drei Monate, ausserdem aber so oft der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter solches für nöthig halten, oder wenn drei Mitglieder die Berufung schriftlich verlangen, oder die Direction darauf anträgt.

Die Berufung geschieht durch den Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter schriftlich, und zwar in der Regel mindestens 8 Tage vor dem für die Versammlung bestimmten Termine, unter kurzer Angabe der zu berathenden Gegenstände.

## §. 27.

## Beschlussfassung.

Zur Fassung gültiger Beschlüsse müssen wenigstens neun Mitglieder versammelt sein. (Siehe übrigens §. 21 Nro. 3.) Die Beschlüsse werden nach absoluter Stimmenmehrheit der Anwesenden gefasst. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

## §. 28.

## Protocollführung.

Ueber die Verhandlungen und Beschlüsse des Verwaltungsraths wird ein Protocoll geführt, welches von den anwesenden Mitgliedern zu unterschreiben ist.

## §. 29.

## Aufbewahrung der Acten u. s. w.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrathes hat für Aufbewahrung der Acten, Urkunden und sonstigen Schriften Sorge zu tragen.

## §. 30.

## Besoldungen.

Die Mitglieder des Verwaltungsraths werden nicht besoldet, erhalten jedoch Ersatz der durch ihre Functionen ihnen erwachsenen baaren Auslagen.

Dem Vorsitzenden kann als Entschädigung für seine Mühwaltung und Auslagen von dem Verwaltungsrathe ein angemessenes jährliches Bauschquantum ausgesetzt werden.

## B. Von der Direction.

## §. 31.

## Befugnisse der Direction.

Die Direction führt die Geschäfte und Angelegenheiten der Bankgesellschaft in allen Einzelheiten, sie ist das handelnde und vollziehende Organ derselben innerhalb der durch die Statuten, durch das von dem Verwaltungsrathe bestimmte Reglement und durch die von demselben festgesetzte Bureau-Ordnung gegebenen Gränzen und Formen.

Die Direction vertritt daher die Gesellschaft in allen Unternehmungen, Geschäften und Verträgen mit Behörden oder dritten Personen; sowie bei allen Rechtsstreitigkeiten oder gericht-

lichen Verhandlungen, insofern dergleichen Geschäfte u. s. w. nicht durch diese Statuten dem Verwaltungsrathe oder der General-Versammlung der Actionaire ausdrücklich vorbehalten sind.

### §. 32.

#### Zahl, Wahl und Geschäftsnormen der Direction.

Die Direction besteht aus zwei besoldeten, vollziehenden Directoren und vier unbesoldeten Directoren, welche in Braunschweig wohnen müssen. Nach dem Ermessen des Verwaltungsraths können denselben noch zwei unbesoldete und zwar auswärts, an Orten, an denen das Interesse der Bank solches besonders wünschenswerth erscheinen lässt, wohnende Directoren hinzugefügt werden.

Die Directoren werden von dem Verwaltungsrathe und zwar die unbesoldeten auf vier Jahre, für die erste Wahlperiode aber von dem Vorstande des Kaufmannsvereins zu Braunschweig, gewählt. Von den unbesoldeten Directoren scheidet mit dem Ende jedes Jahrs einer nach dem Dienstalter aus. Das erste Mal wird die Reihenfolge durch das Loos bestimmt. Die ausscheidenden Directoren sind wieder wählbar.

Die Directoren haben bei ihren Geschäften diese Statuten, das vom Verwaltungsrathe festgesetzte Geschäfts-Reglement, die Bureau-Ordnung und alle Beschlüsse des Verwaltungsraths zu befolgen und auszuführen.

### §. 33.

#### Caution der Directoren.

Jeder der unbesoldeten Directoren hat für die Dauer seiner Geschäftsführung zehn volle Actien mit den Talons bei der Bank zu deponiren, Ueber die Caution der besoldeten Directoren bestimmt der mit denselben abzuschliessende Dienstvertrag.

### §. 34.

#### Wahl des Vorsitzenden.

Die Directoren wählen unter sich einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter desselben. Die Wahl geschieht immer auf ein Jahr, doch sind die Abtretenden wieder wählbar. Die vollziehenden Directoren können nicht Vorsitzende sein.

### §. 35.

#### Geschäftsbetrieb.

Die Einleitung und Leitung aller Geschäfte der Bank wird von den vollziehenden Directoren besorgt. In Krankheitsfällen oder bei sonstiger Behinderung eines der vollziehenden Directoren tritt für denselben ein von dem Directorio aus den unbesoldeten Directoren alljährlich in Voraus zu ernennender Stellvertreter ein.

Die unbesoldeten Directoren haben nach einer reglementarisch festzustellenden Ordnung die Geschäfte der Bank fortwährend zu überwachen und an den Plenarsitzungen Theil zu nehmen, welche wenigstens einmal monatlich Statt finden müssen.

### §. 36.

#### Plenar-Versammlungen der Direction.

Gegenstand der Geschäfte solcher Plenar-Versammlungen sind Revision der vorgekommenen Geschäfte, Prüfung des Bestandes der Casse, der im Umlaufe befindlichen Banknoten,

der disponiblen Fonds, der eingelegten Pfänder und Depositen, Berathung über die der Leitung der Direction anvertrauten Angelegenheiten, Feststellung der Grundsätze des ihrem Wirkungskreise überlassenen Verfahrens, namentlich Bestimmung darüber, wie viel auf jede der bekanntesten Unterschriften an Disconten genommen, wie viel auf jede Sorte von Staats- oder industriellen Papieren Vorschuss geleistet, wie mit verpfändeten oder zu verpfändenden Waaren verfahren werden soll u. s. w.

### §. 37.

#### Ausserordentliche Sitzungen der Direction.

Ausser den regelmässigen können auch ausserordentliche Plenarversammlungen bei dringenden Veranlassungen von Jedem der Directoren beantragt werden, welche sodann von dem Vorsitzenden zu berufen sind.

### §. 38.

#### Zahl der Theilnehmer. — Abstimmung.

In jeder Plenarversammlung müssen wenigstens vier Directoren zugegen sein. Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefasst und bei Gleichheit der Stimmen entscheidet die des Vorsitzenden.

Die gefassten Beschlüsse werden in ein Protocollbuch eingetragen und von den Anwesenden unterzeichnet.

### §. 39.

#### Bekanntmachung der Namen der Directoren.

Die Namen der Mitglieder der Direction, sowie alle in der Direction eintretenden Personal-Veränderungen, sind, unter besonderer Bezeichnung der vollziehenden Directoren und des für Verhinderungsfälle zur Mitunterzeichnung ermächtigten Stellvertreters derselben öffentlich (§. 60) bekannt zu machen.

Diese Bekanntmachungen dienen den Mitgliedern der Direction, besonders den vollziehenden Directoren und deren Stellvertreter, als Legitimation.

### §. 40.

#### Verantwortlichkeit derselben.

Die Mitglieder der Direction sind nur für die Ausführung ihrer Aufträge verantwortlich; übernehmen dagegen durch ihr Amt keine persönliche Verpflichtung hinsichtlich der Verbindlichkeiten der Geschäfte der Gesellschaft. Die besoldeten vollziehenden Directoren dürfen weder direct noch indirect Geschäfte für eigene Rechnung bei der Bank machen und keinen Credit bei derselben erhalten.

Für Beschlüsse, Geschäfte und Handlungen, welche den Statuten, dem Geschäfts-Reglement oder der Bureau-Ordnung zuwiderlaufen, sind diejenigen Mitglieder der Direction, welche daran Theil genommen haben, der Gesellschaft persönlich verantwortlich, und können deshalb von dem Verwaltungsrathe in Anspruch genommen werden.

Die vollziehenden besoldeten Directoren sind auch für fahrlässige Unterlassungen verantwortlich.

## §. 41.

## Delegation einzelner Directions-Mitglieder.

Die Direction kann mittelst eines Majoritäts-Beschlusses einzelne ihrer Mitglieder zur Besorgung besonderer Geschäfte delegiren. Die Urkunden über solche Delegationen sind von dem Vorsitzenden zu unterzeichnen.

## §. 42.

## Anstellung und Entlassung des Bankpersonals.

Die Direction stellt das Bankpersonal und die Subalternbeamten der Gesellschaft an, setzt deren Besoldung fest und entlässt sie, nach ihrem Ermessen. Zur Anstellung des Cassirers ist jedoch die Genehmigung des Verwaltungsraths einzuholen.

Ohne Genehmigung des Verwaltungsraths ist die Direction aber nicht befugt, Personen für den Dienst der Gesellschaft auf längere Zeit als drei Jahre zu engagiren, oder eine jährliche Besoldung von mehr als 500 Thaler zu verwilligen oder Verträge abzuschliessen, durch welche der Gesellschaft die Bezahlung von Pensionen aufgebürdet wird.

## §. 43.

## Stellung der vollziehenden Directoren.

Die vollziehenden Directoren dürfen kein Nebengeschäft treiben, sondern sind verpflichtet, der Bank ihre Thätigkeit ganz und ausschliesslich zu widmen.

Sie erhalten neben ihrem Antheile an der Tantième (§. 16) einen festen Gehalt, der in dem Dienstvertrage festzustellen ist, welchen der Verwaltungsrath mit demselben abzuschliessen hat.

Ihre Entlassung kann nur auf Grund von Beschwerden Seitens der Mehrheit der Directoren von dem Verwaltungsrathe verfügt werden, jedoch können in dringenden Fällen die übrigen Directoren durch einstimmigen Beschluss die einstweilige Suspension derselben anordnen.

## C. Von den General-Versammlungen.

## §. 44.

## Zusammenberufung.

Alljährlich im Monat Februar oder März wird eine ordentliche Generalversammlung abgehalten. Dieselbe findet in Braunschweig Statt, wird von dem Verwaltungsrathe berufen und es muss die Berufung wenigstens vier Wochen vor dem für die Versammlung bestimmten Tage, durch eine öffentliche Bekanntmachung (§. 60) erfolgen.

Ausserordentliche General-Versammlungen beruft der Verwaltungsrath, so oft er solche für erforderlich hält, und es finden darauf die obigen Bestimmungen gleichfalls Anwendung.

## §. 45.

## Stimmberechtigung.

Jeder Inhaber von fünf vollen Actien hat in der General-Versammlung Stimmrecht.

|                                       |   |     |   |   |            |
|---------------------------------------|---|-----|---|---|------------|
| 5 bis 10 volle Actien haben 1 Stimme, |   |     |   |   |            |
| 11                                    | „ | 20  | „ | „ | 2 Stimmen, |
| 21                                    | „ | 35  | „ | „ | 3 „        |
| 36                                    | „ | 50  | „ | „ | 4 „        |
| 51                                    | „ | 75  | „ | „ | 5 „        |
| 76                                    | „ | 100 | „ | „ | 6 „        |
| 101                                   | „ | 125 | „ | „ | 7 „        |
| 126                                   | „ | 150 | „ | „ | 8 „        |
| 151                                   | „ | 200 | „ | „ | 9 „        |
| 201 u. mehr                           | „ |     | „ | „ | 10 „       |

## §. 46.

## Stimmvertretung.

Jeder stimmberechtigte Actionair kann sich im Verhinderungsfalle durch einen andern stimmberechtigten Actionair, welchen er durch eine öffentlich beglaubigte Vollmacht zu legitimiren hat, vertreten lassen.

Niemand kann für Abwesende mehr als 5 Stimmen vertreten.

## §. 47.

## Folgen des Nichterscheins.

Wer von den Actionairen bei der General-Versammlung nicht erscheint, oder sich nicht durch einen Bevollmächtigten vertreten lässt, ist gleichwohl durch die Beschlüsse der General-Versammlung gebunden.

## §. 48.

## Stimmabgebung.

Die Actionaire oder deren Bevollmächtigte haben sich, wenn sie in den General-Versammlungen zur Stimmabgebung zugelassen werden wollen, vorher bei der Bank durch Vorzeigung ihrer Actien persönlich zu legitimiren, worauf sie eine Bescheinigung erhalten, welche ihnen als Einlasskarte in die Versammlung dient. Das über die Legitimation der Actionaire aufzunehmende Protocoll, in welchem die Nummern der Actien zu verzeichnen sind, ist in der General-Versammlung auszulegen.

Uebrigens bleibt es dem Verwaltungsrathe überlassen, in dem Ausschreiben zur General-Versammlung über Zeit, Ort und Weise der Legitimations-Prüfung noch besondere Bestimmungen zu treffen.

## §. 49.

## Stimmentscheidung und Stimmberechnung.

Bei der Wahl der Mitglieder des Verwaltungsraths entscheidet die relative Stimmenmehrheit (§. 22). Alle übrigen Beschlüsse werden nach absoluter Stimmenmehrheit gefasst; mit Aus-



nahme der Beschlüsse über Aufhebung der Gesellschaft, bei denen die Bestimmungen der §§. 55 bis 57 zur Anwendung kommen. Bei Gleichheit der Stimmen entscheidet der Vorsitzende.

### §. 50.

#### Stimmausschliessung.

Bei Wahlen und bei allen Beschlüssen, die sich auf persönliche Verhältnisse beziehen, kann von denjenigen Actionairen, welche in Dienstverhältnissen zu der Gesellschaft stehen, ein Stimmrecht nicht ausgeübt werden, auch sind die Directoren nicht berechtigt, bei der Wahl des Verwaltungsraths ihr Stimmrecht auszuüben.

### §. 51.

#### Leitung und Protocollführung.

Die Leitung der General-Versammlung hat der Vorsitzende des Verwaltungsraths oder dessen Stellvertreter.

Der Vorsitzende ernennt einen Protocollführer und zwei Scrutatoren und diese Personen haben das aufgenommene Protocoll gemeinschaftlich zu unterzeichnen.

### §. 52.

#### Gegenstände der Berathung.

Die General-Versammlung hat zu berathen und zu beschliessen:

- 1) über die Vermehrung des Grundcapitals (§. 3),
- 2) über den Geschäftsbericht und den Rechnungsabschluss für das verflossene Jahr (§. 15),
- 3) über die Wahl des Verwaltungsraths (§. 22) und die Entsetzung der Directoren (§. 21),
- 4) über die Abänderung und Ergänzung der Statuten (§. 54),
- 5) über die Auflösung der Gesellschaft (§. 55),
- 6) über die von der Direction, dem Verwaltungsrathe oder einzelnen Actionairen vorgebrachten Angelegenheiten und Interessen der Gesellschaft.

### §. 53.

#### Fortsetzung.

Die jedesmalige General-Versammlung kann nur über die von dem Vorsitzenden des Verwaltungsraths oder dessen Stellvertreter angekündigten Gegenstände berathen und Beschluss fassen.

Anträge einzelner Actionaire, welche in der General-Versammlung zur Beschlussnahme kommen sollen, müssen, gehörig motivirt, bis zum 31. December des vorhergehenden Jahrs bei dem Vorsitzenden des Verwaltungsraths eingereicht werden.

### §. 54.

#### Abänderung der Statuten.

Wenn in einer General-Versammlung über eine Abänderung der Statuten beschlossen werden soll, so ist solches in dem Einberufungsschreiben ausdrücklich zu bemerken.

Beschlüsse dieser Art sind nur dann gültig, wenn wenigstens zwei Drittel der Stimmen der in der General-Versammlung persönlich anwesenden oder durch Bevollmächtigte vertretenen Actionaire sich dafür entschieden haben und den Beschlüssen die landesherrliche Genehmigung ertheilt ist.

## VI. Abschnitt.

### Von der Auflösung und der Liquidation der Gesellschaft.

#### §. 55.

#### Beschlussfassung über die Auflösung.

Eine nöthig erscheinende Auflösung oder Liquidation der Gesellschaft kann nur in einer zu diesem Zwecke besonders ausgeschriebenen General-Versammlung, zu welcher alle Actionaire — auch diejenigen, welche weniger als 5 Actien besitzen — zu berufen sind, und in welcher für jede darin vertretene Actie Eine Stimme abgegeben wird, beschlossen werden.

In einer solchen Versammlung müssen wenigstens zwei Drittel des Anlage-Capitals vertreten sein und der Beschluss der Auflösung oder Liquidation ist nur dann gültig, wenn eine Mehrheit von drei Viertel des in der General-Versammlung vertretenen Actien-Capitals sich dafür entscheidet.

Zur Ausführung des gefassten Beschlusses ist die landesherrliche Genehmigung erforderlich, welche nicht versagt werden wird, wenn der Rechnungsabschluss der drei letzten Jahre ergibt, dass der jährliche Ertrag des Bankgeschäfts  $3\frac{1}{2}$  Procent des eingezahlten Actien-Capitals nicht erreicht hat.

#### §. 56.

#### Verfahren.

Nach rechtsgültig beschlossener Auflösung hat die Direction mit dem Verwaltungsrathe die Liquidation vorzunehmen, zu solchem Endzwecke zunächst alle Activa zu Gelde zu machen und damit zuerst die sämtlichen Banknoten einzulösen, sodann die übrigen Schulden zu tilgen, endlich aber die Ueberschüsse, nach Verhältniss der Actien, an die Actionaire auszuzahlen.

Die Inhaber der Banknoten sind drei Mal öffentlich (§. 60) aufzufordern, dieselben binnen 6 Monaten zur Umtauschung gegen den baaren Betrag zu präsentiren. Nach Ablauf dieser sechsmonatlichen Frist wird der Betrag der nicht präsentirten Banknoten bei der Herzoglichen Leihhaus-Casse deponirt und es erfolgt sodann eine gerichtliche Aufforderung an die Inhaber von Banknoten, sich zur Erhebung des Geldes, bei Verlust ihrer Ansprüche binnen endlichen 6 Monaten zu melden. Wer auch dieser Aufforderung nicht nachkommt, verliert den Anspruch auf Umtauschung der Banknoten und es fällt, nach Ablauf der gesetzten Frist, der verbliebene Betrag der deponirten Summe der Liquidationsmasse zu.

#### §. 57.

#### Fortsetzung.

Nach beendigter Liquidation werden die Actionaire zu einer General-Versammlung zusammenberufen, in welcher die Banknoten cassirt werden, die Schlussrechnung vorgelegt und nach geprüfter und richtig befundener Rechnung die Direction liberirt wird.

## VII. Abschnitt.

### Von dem Verhältnisse der Bank zu der Staatsregierung.

#### §. 58.

##### Aufsichtsrecht.

Die Herzogliche Landesregierung übt die fortwährende Aufsicht über die Bank in dem Masse, dass sie befugt ist, durch einen bleibend dafür zu ernennenden oder auch ausserordentlich zu beauftragenden Commissarius, von den Geschäften und dem Stande der Bank durch Einsicht aller Bücher und Verhandlungen derselben genaue Kenntniss zu nehmen, um sich zu überzeugen, dass von Seiten des Verwaltungsraths den Bestimmungen der Statuten überall nachgegangen werde und im Falle des Zuwiderhandelns nach Befinden berichtigend einzuschreiten.

Das Geschäfts-Reglement, ingleichen etwaige Aenderungen in demselben (§. 10) sind dem Regierungs-Commissarius, zur Ausübung seiner Rechte, vor deren Feststellung mitzutheilen.

Die Bank-Revisionen müssen so geschehen, dass der Geschäftsverkehr der Bank dadurch nicht gehindert wird, und es dürfen die Bücher aus dem Locale der Bank nicht entfernt werden. Der Regierungs-Commissarius ist aber befugt, dabei einen Hilfsbeamten zuzuziehen.

#### §. 59.

##### Theilnahme des Regierungs-Commissarius an den Verhandlungen.

Zum Zwecke der ihm übertragenen Aufsichtsführung kann der Regierungs-Commissarius jeder Versammlung des Verwaltungsraths und jeder General-Versammlung der Actionaire beiwohnen, zu welchem Ende demselben von jeder solcher Versammlung durch den Vorsitzenden des Verwaltungsraths Anzeige zu machen ist.

Auch sind dem Regierungs-Commissarius die bei den Versammlungen des Verwaltungsraths und der Actionaire aufgenommenen Protocolle sofort in Abschrift mitzutheilen.

Hat der Regierungs-Commissarius der Direction Eröffnungen zu machen oder von derselben Auskunft zu verlangen, so hat auf sein Verlangen der Vorsitzende eine Versammlung zu veranlassen.

## VIII. Abschnitt.

### Allgemeine Bestimmungen.

#### §. 60.

##### Insertionen der öffentlichen Bekanntmachungen.

Alle Aufforderungen, Einladungen und Bekanntmachungen, welche in diesem Statute vorgeschrieben werden, sind in Beziehung auf die dabei betheiligten Personen genügend erlassen, wenn sie in die Braunschweigischen Anzeigen und drei bedeutendere, ausserhalb Braunschweig erscheinende und von dem Verwaltungsrathe oder der Direction, mit Rücksicht auf die Geschäftsverbindungen der Bank, auszuwählende Zeitungen inserirt sind.

## §. 61.

## Mortificationsverfahren.

Sollen angeblich verlorene oder vernichtete Interims-Quittungen, Actien-Docummente, Talons, Dividenden- oder Pfand-Scheine mortificirt werden, so tritt das in dem Herzogthume Braunschweig geltende Verfahren über Mortification von Schuld-Documenten ein. Die Kosten dieses Verfahrens fallen nicht der Gesellschaft, sondern den Betheiligten zur Last.

## §. 62.

## Ansprüche der Actionaire gegen die Gesellschaft.

Alle Ansprüche einzelner oder mehrer Actionaire gegen die Direction oder den Verwaltungsrath müssen auf schiedsrichterlichem Wege entschieden werden.

Klagen mehre Actionaire über einen und denselben streitigen Gegenstand, so müssen sie sich durch einen gemeinschaftlichen Bevollmächtigten vertreten lassen.

## §. 63.

## Schiedsrichterliches Verfahren.

Die Leitung des schiedsrichterlichen Verfahrens steht dem Herzoglichen Stadtgerichte zu Braunschweig zu. Jede der streitenden Parteien ist berechtigt, bei diesem Gerichte auf das schiedsrichterliche Verfahren in einer schriftlichen, die Sachlage ausreichend darstellenden und mit den zur Erläuterung oder zum Beweise des Sachverhältnisses dienenden Documenten versehenen Eingabe, einseitig anzutragen. Das Gericht ernennt sodann einen Commissair aus seiner Mitte zur Leitung des Verfahrens, welcher zunächst die streitenden Theile zu einem Termine vorladet und den Streit zu vergleichen sucht, wenn dieses aber nicht gelingt, zuerst von dem Antragsteller, dann von der Gegenpartei einen Schiedsrichter benennen lässt, hierauf selbst einen Obmann wählt und diese drei sodann zur Abgabe der Entscheidung auffordert.

Sind die Parteien über die dem Streite zum Grunde liegenden Thatsachen nicht einverstanden, so haben die Schiedsrichter zunächst von dem einen oder dem andern Theile weitere Nachweisungen zu verlangen und sodann ihre endliche Entscheidung abzugeben.

Rechtsmittel gegen die schiedsrichterlichen Entscheidungen finden nicht Statt. Für die Vollstreckung des schiedsrichterlichen Urtheils hat dann das Herzogliche Stadtgericht zu Braunschweig zu sorgen.

Den vorstehenden Statuten ist die landesherrliche Genehmigung durch die höchste Bestätigungs-Urkunde vom heutigen Tage ertheilt.

Braunschweig, den 11. Mai 1853.

Herzoglich Braunschweig-Lüneburgisches Staats-Ministerium.

(L. S.)

v. Geyso.